



Marokko: Gelebte Demokratie

Kommunen in Marokko beteiligen Bürgerinnen und Bürger stärker an Entscheidungen und erbringen so effizientere Dienstleistungen.

Sonderinitiative Nordafrika, Nahost
Aktionsfeld:
Demokratisierung



Herausforderung

Die öffentliche Verwaltung von Städten und Gemeinden in Marokko ist häufig ineffizient, intransparent und wenig bedarfsgerecht. Alltägliche Serviceleistungen, etwa das Ummelden des Wohnortes oder Beglaubigungen von Dokumenten, werden durch langwierige Prozesse und unklare Zuständigkeiten erschwert. Politische Entscheidungen werden in vielen Fällen hinter verschlossenen Türen getroffen, eine Beteiligung von Bürger/innen an Planungsprozessen ist weitgehend unbekannt. Das betrifft insbesondere Frauen und Jugendliche, die häufig von politischen Prozessen ausgeschlossen sind. Zudem ist die Kommunikation zu getroffenen Entscheidungen und Verwaltungsprozessen vielerorts unzureichend.

Gleichzeitig sind die Erwartungen an die Kommunen im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings erheblich gestiegen. Dies schlägt sich auch in der neuen Verfassung von 2011 nieder: Sie sieht einen fortschreitenden Transfer nationalstaatlicher Kompetenzen auf Regionen, Kommunen und Provinzen vor. Alle Ebenen sollen Bürgerinnen und Bürger stärker in Planung und politische Entscheidungen einbeziehen. Die Kommunen stehen unter hohem Erwartungsdruck. Sie suchen nach Wegen, Dienstleistungen, Transparenz, Bürgerorientierung und Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern.

Lösungsansatz

Die Maßnahmen des Vorhabens konzentrieren sich zunächst auf etwa zehn mittelgroße Städte mit insgesamt rund 1,5 Millionen Einwohnern. Das Projekt unterstützt die Kommunen

durch verschiedene Ansätze dabei, ihre Dienstleistungsqualität, die Transparenz von Entscheidungen sowie die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger/innen zu verbessern. Durch eine bürgernahe Lokalpolitik soll das Vertrauen der Bevölkerung in öffentliche Institutionen gestärkt werden.

Einerseits werden Verwaltungsabläufe optimiert. Dazu werden unter anderem in den Kommunen Empfangsorte eingerichtet oder ausgebaut. Als zentrale Anlaufstellen beraten und informieren sie die Bürger/innen umfassend zu Dienstleistungsangeboten und Verwaltungsabläufen, zudem weisen sie den Weg zu den zuständigen Stellen.

Projektname	Stärkung bürgernaher Kommunen
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Etwa 10 Pilotkommunen im ganzen Land
Nationale Partner	Kommunen; Zivilgesellschaftliche Organisationen
Politischer Träger	Generaldirektion für lokale Gebietskörperschaften des Innenministeriums (Direction Générale des Collectivités Locales, DGCL)
Gesamtlaufzeit	07/2015 bis 01/2021
Finanzvolumen	5,33 Mio. Euro

Darüber hinaus werden Kommunen dabei unterstützt, die Kommunikation mit der Bürgerschaft und somit die Transparenz zu verbessern. Gemeinsam mit den Zielgruppen werden Kommunikationsstrategien erarbeitet, die auch Dialogmöglichkeiten wie Beschwerde- und Vorschlagsschalter einschließen.



Foto links: Sanierung eines öffentlichen Platzes durch die Kommune in der Stadt Larache.

© GIZ/Meriem Rhoifane

Foto rechts: Öffentliche Sportplätze werden bisher teils nur wenig gepflegt, so wie hier in der Stadt Benguerir.

© Youssef Laaraj

KONTAKTPERSON

Philipp Schattenmann
philipp.schattenmann@giz.de

Im Zuge dessen werden konkrete Projekte zur Kommunikation über Medien gefördert – etwa Radiosendungen, Webseiten, Zeitungen oder Magazine. Ferner werden gemeinsam mit den Kommunen passgenaue Bürgerbeteiligungsverfahren entwickelt und umgesetzt. Ein Beispiel: Gemeinsam mit künftigen Nutzer/innen werden Konzepte zur Gestaltung von nicht oder nur wenig genutzten öffentlichen Räumen und soziokulturellen Einrichtungen entwickelt, etwa von Grünanlagen oder Stadtplätzen. Diese werden anschließend in gemeinsamer Verantwortung unterhalten. Dabei fördert das Vorhaben Pilotprojekte, die unmittelbar der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen, insbesondere Frauen und Jugendlichen.

Das Vorhaben ist Teil der Sonderinitiative des BMZ zur Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und Nahost. Mit den Projekten der Sonderinitiative trägt das Ministerium dazu bei, wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Menschen in der Region zu schaffen. In diesem Rahmen stehen für Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2014 bis 2021 bisher mehr als 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Im Fokus stehen dabei die Themenbereiche Jugend- und Beschäftigungsförderung, wirtschaftliche Stabilisierung, Demokratisierung sowie die Stabilisierung von Nachbarländern in Krisensituationen.

Wirkungen in Zahlen...

Das Projekt verbessert insgesamt die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der Kommunen und deren Verwaltungen – im Projektgebiet profitieren davon bis zu 1,5 Millionen Menschen. Bessere kommunale Dienstleistungen sowie Beteiligungsmöglichkeiten an kommunalen Planungsprozessen kommen in den 10 mittelgroßen Städten etwa 20.000 Einwohn-

ner/innen zu Gute. In diesen Kommunen werden etwa 100 gewählte Stadt- und Gemeinderäte sowie kommunale Angestellte darin fortgebildet, wie Beteiligungsprozesse gestaltet und für bessere kommunale Dienstleistungen genutzt werden können. Zur besseren Kommunikation sowie der Nutzung öffentlicher Räume werden insgesamt 20 Pilotprojekte umgesetzt. Sie verbessern die Transparenz administrativer Prozesse und politischer Entscheidungen, zudem steigern sie die Lebensqualität in ausgewählten Stadtteilen. Unterstützt durch das Vorhaben entwickeln und optimieren die Partnerkommunen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft insgesamt zehn Kommunikationsstrategien. In mindestens vier Kommunen werden zudem neue Vorschlags- und Beschwerdemechanismen eingeführt. Dadurch erhalten die Bürger/innen neue Rückmeldemöglichkeiten.

...und Gesichtern

Malerische, enge Gassen wie aus tausendundeiner Nacht – so das Bild vieler Touristen der Altstadt marokkanischer Städte. Doch in der südmarokkanischen Stadt Tiznit verfiel dieses kulturelle Erbe zusehends. Gemeinsam mit einer Vereinigung für nachhaltigen Tourismus sowie Bürger/innen verschiedener Stadtteile begegnete die Kommune dieser Herausforderung: Unterstützt von einem Vorgängerprojekt der GIZ wurden vier kleine, architektonisch seltene Gassen in der sogenannten Medina – der historischen Altstadt – denkmalgerecht restauriert. Heute lädt ein neues touristisches Wegeleitsystem die Bevölkerung und Reisende dazu ein, diese magischen Orte neu zu entdecken. Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung entstanden und die Attraktivität für Tourist/innen nimmt zu.



Bröckelnder Putz, Graffiti – Stadtrat Mohamed Boumehdi zeigt eine unresaurierte Gasse. Foto: GIZ/Connie Stitz

Herausgeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat 210 – Grundsatzfragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit MENA; Nordafrika; Mittelmeerpolitik

Postanschrift der BMZ-Dienstsitze
BMZ Berlin | Im Europahaus
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
T +49 (0)30 18 535-0
F +49 (0)30 18 535-2501

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
T +49 (0)228 99 535-0
F +49 (0)228 99 535-3500
poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Redaktion Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Abteilung Nordafrika

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 61 96 79-11 75
F +49 61 96 79-11 15

www.giz.de

Autor(en) Philipp Schattenmann/Maximilian Kurz

Gestaltung GIZ

Stand 03/2017